

Syrien-Gespräch mit holprigem Auftakt

Krieg Scharfe Wortgefechte bei Friedensverhandlungen in Astana. Von Martin Gehlen

In frostiger Atmosphäre und mit scharfen Wortgefechten hat am Montag die zweitägige Syrienkonferenz in der kasachischen Hauptstadt Astana begonnen, die unter der Regie von Russland, der Türkei und dem Iran steht. Der Chef der zehnköpfigen Regime-Delegation, Syriens UN-Botschafter Bashar al-Jaafari, kanzelte die Rede von Rebellenführer Mohammed Alloush als „provokant“ und „unprofessionell“ ab. Er machte erneut deutlich, dass er die Aufständischen allesamt für Terroristen hält, mit denen man eigentlich keine Gespräche führen sollte.

Alloush wiederum warf der syrischen Armee und der Hisbollah vor, die Feuerpause immer wieder zu brechen, und nannte Assads Herrschaft einen Terrorstaat. „Wir wollen Frieden, sind aber auch bereit weiterzukämpfen“, erklärte er. Denn man kämpfe für die eigenen Rechte – „das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit, das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht des Volkes, seine Führung selbst zu bestimmen.“ In Astana gehe es seiner Seite vor allem darum, den Waffenstillstand zu festigen, die Gefangenen freizubekommen und die Lieferung von Hilfsgütern in die vom Regime belagerten Hungererklaven zu erreichen.

Zum Auftakt hatte Kasachstans Präsident Nursultan Nazarbayev in einer von seinem Außenminister verlesenen Ansprache betont, der syrische Konflikt könne nur durch Verhandlungen gelöst werden. „Die momentane Situation in Syrien beschäftigt die gesamte Welt“, sagte er. Das Blutvergießen, das nun seit fast sechs Jahren andauere, habe „nichts gebracht außer Elend und Leid für das heilige Land, in dem verschiedene Zivilisationen und Kulturen zusammenlebten“.

Während der Rede saßen sich die Vertreter des Regimes und der Rebellen im Festsaal des Rixos President Hotels erstmals an einem großen Rundtisch gegenüber. Anschließend jedoch weigerten sich die Aufständischen, mit den Diplomaten aus Damaskus von Angesicht zu Angesicht zu sprechen. Bei den Friedensgesprächen in Genf dagegen saßen beide Seiten stets in getrennten Räumen und verhandelten über Vermittler miteinander.

Vonseiten der Vereinten Nationen reiste Syrienvermittler Staffan de Mistura nach Astana. Der UN-Diplomat hofft, den seit April 2016 unterbrochenen Genfer Friedensprozess wiederbeleben zu können, und gab sich vorsichtig optimistisch. „Die Gespräche in Astana könnten das Ende der Kämpfe besiegeln – und das ist genau das, worauf die syrische Bevölkerung wartet“, sagte er.

Bundeswehr

Kriegszuschlag für Mali-Einsatz

Die Bundeswehrosoldaten im Mali-Einsatz sollen künftig einen höheren Auslandszuschlag erhalten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verhandelt derzeit mit dem Außen-, Innen- und Finanzministerium darüber, die Stabilisierungsmission in die höchste von sechs Gefährdungskategorien einzustufen. Damit würde die steuerfreie Zulage der Soldaten von bisher 94 auf 110 Euro täglich steigen.

Damit will von der Leyen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Militärmission in der Sahel-Zone sich zu „einem der anspruchsvollsten Einsätze der Bundeswehr, wahrscheinlich dem gefährlichsten UN-Einsatz weltweit und dem gefährlichsten Einsatz auf dem afrikanischen Kontinent“ entwickelt hat. So hat sie es im Bundestag dargelegt, als sie für die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsetzes geworben und die Erhöhung der Zulage für die Soldaten erstmals angekündigt hat.

Bei der Stabilisierungsmission Minusma stehen 15.000 internationale Soldaten unter dem Kommando der Vereinten Nationen. Mali wird von islamistischen Gruppierungen wie Al-Kaida terrorisiert. Beim jüngsten Selbstmordanschlag am vergangenen Mittwoch wurden mindestens 60 Menschen getötet.

Die „Grande Dame“ der US-Außenpolitik

Veranstaltung Die frühere Außenministerin Madeleine Albright ist am 16. Februar Gast des „Stuttgarter Gesprächs“. Von Rainer Pörtner

Madeleine Albright hat eine Vorliebe für ein ganz besonderes Schmuckstück – die Brosche. Sie sammelt diese modischen Anstecknadeln und weiß sie auch in der hohen Politik gezielt einzusetzen. Zu einem Treffen mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein erschien sie mit einer Schlangensbroche. In diplomatischen Verhandlungen setzte sie mit Friedenstauben oder Spinnen optische Akzente.

Bei einem Gipfeltreffen des US-Präsidenten Bill Clinton mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin trug sie eine Anstecknadel mit den drei Affen, die nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. So wollte sie im Sommer des Jahres 2000 ihren Ärger über die russische Tschetschenien-Politik ausdrücken, und Putin verstand die Botschaft sofort. „Er wurde wütend auf mich, er war richtig sauer“, sagt Albright. „Und Clinton warf mir so einen Blick zu, der hieß: Bist du wahnsinnig geworden?“

Madeleine Albright weiß, wie es zugeht auf der Vorderbühne der Weltpolitik. Sie war von 1997 bis 2001 die erste Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika und ist bis heute eine gewichtige Stimme im globalen Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt die 79-jährige Amerikanerin mit europäischen Wurzeln eine „Jahrhundertfigur“.

Am Donnerstag, dem 16. Februar, wird Albright Gast des nächsten „Stuttgarter Gesprächs“ sein, das die Robert Bosch Stiftung und die Stuttgarter Zeitung veranstalten. Die Diskussion mit Albright findet ab 19.00 Uhr im Hegelsaal der Stuttgarter Liederhalle statt. Sie wird moderiert von StZ-Chefredakteur Joachim Dorfs und Constanze Stelzenmüller, Robert Bosch Senior Fellow an der „The Brookings Institution“ (Washington). Welche Rolle wollen die USA künftig spielen in einer Welt, die in großer Unordnung ist? Darum soll es in dieser Veranstaltung gehen, zu der die Leserinnen und Leser der Stuttgarter Zeitung herzlich eingeladen sind (siehe Kasten).

Wenn Hillary Clinton zur US-Präsidentin gewählt worden wäre, hätte Albright zu

dem Team gehört, das den Wechsel im Weißen Haus organisiert. Nun sitzt Donald Trump, der Multimilliardär und Kandidat der Republikaner, im Oval Office und ruft drängende Fragen hervor: Worauf müssen sich die Welt und vor allem Europa mit einem Präsidenten Trump einstellen?

Wird es eine russisch-amerikanische Verständigung über die Köpfe der Europäer hinweg geben? Wollen die USA überhaupt noch eine globale Führungsrolle spielen – oder ziehen sie sich zurück, angetrieben von isolationistischen und protektionistischen Überzeugungen?

Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass auch in den Vereinigten Staaten von Amerika so viele Menschen empfänglich sind für einen Mann, der lautstark fremdenfeindliche, autoritäre und nationalistische Botschaften verkündet? Was ist zu tun gegen das offensichtlich nicht nur in den USA bei vielen Menschen verbreitete Gefühl, abgehängt und alleingelassen zu werden von den traditionellen politischen Kräften?

In einem viel gelobten Buch schrieb Madeleine Albright im Jahr 2008 auf, was ein „guter Präsident tun und was er lassen sollte“: Die „Grande Dame“ der US-Außenpolitik warnte alle künftigen Chefs im Weißen Haus vor nationalen Alleingängen und riet ihnen, „das gemeinsame Handeln mit Freunden und Verbündeten, zumal in Europa, zu forcieren“.

Albright betreibt heute unter anderem eine Beratungsfirma, in der neben vielen amerikanischen Ex-Regierungsmitgliedern auch der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer mitarbeitet. Sie ist mehr als die allermeisten US-Außenpolitiker vertraut mit europäischer Geschichte und europäischem Denken – auch durch ihre eigene Familiengeschichte.

Erst mit 58 Jahren erfuhr Albright, die 1937 in Prag geboren wurde, dass sie eigentlich Jüdin ist und mindestens ein Dutzend ihrer Familienangehörigen von den Nazis umgebracht wurden. Sie weiß deshalb genau um die Schrecken, die übersteigter Nationalismus und autoritäres Denken hervorrufen können.

Trumps Amerika

Wie wird sich die Politik der USA unter Donald Trump ändern? Der US-Präsident hat bereits in den ersten Tagen seiner Amtszeit einen neuen Stil und einen neuen Tonfall eingeführt – zum Entsetzen vieler Amerikaner, aber auch vieler Europäer.



Madeleine Albright stellt sich der Diskussion in Stuttgart.

Fotos: AP, dpa, privat

SO KÖNNEN SIE DABEI SEIN

Diskussion Die Veranstaltung mit Albright findet am Donnerstag, 16. Februar 2017, ab 19.00 Uhr im Hegelsaal der Liederhalle Stuttgart (Berliner Platz 1-3) statt. Für eine Übersetzung vom Englischen ins Deutsche wird gesorgt.

Anmeldung Wer an diesem „Stuttgarter Gespräch“ teilnehmen möchte, kann sich bis

Mittwoch, 25. Januar 2017, 24.00 Uhr, anmelden – entweder telefonisch unter 0 13 79 / 88 40 13 (0,50 € pro Minute aus dem dt. Festnetz; ggf. abweichende Preis aus dem Mobilfunknetz) – oder im Internet unter www.stuttgarter-zeitung.de/gespraech

Die Teilnehmer werden schriftlich benachrichtigt.

Leserfragen Was würden Sie gerne von Madeleine Albright wissen? Die Stuttgarter Zeitung ruft alle Leserinnen und Leser auf, Fragen und Themen für die Diskussion mit der früheren amerikanischen Außenministerin zu formulieren und der Redaktion per E-Mail zu senden. Die Adresse hierfür lautet: leserfragen@stuttgarter-zeitung.de

Wunsch und Wirklichkeit

Interview Die Rechtsphilosophin Friederike Wapler kritisiert die Regierung Trump für die These, es gebe „alternative Fakten“.

Im Streit über die Besucherzahlen bei seiner Amtseinführung hat die Trump-Beraterin Kellyanne Conway den Begriff der „alternativen Fakten“ geprägt. In der Rechtsphilosophie hat der jedoch keinen Platz, sagt die in Mainz lehrende Professorin Friederike Wapler.

Frau Wapler, gibt es alternative Fakten überhaupt?

Es gibt Tatsachen, die können empirisch nachgewiesen werden. Und es gibt Meinungen, über die kann man streiten. Die Zahl der anwesenden Menschen bei einer Feier ist ein Fakt, eine Tatsache. Die bloße Behauptung, etwas anderes wahrgenommen zu haben, kann dieses Faktum nicht entkräften.

Es gibt also keine alternativen Fakten?

Es gibt alternative Behauptungen über Fakten und alternative Bewertungen von Fakten, aber keine alternativen Fakten. Man kann sich darüber streiten, wie viele

Menschen auf einem Platz waren und was das bedeutet. War der Platz aber nachweislich halb leer, dann kann diese Tatsache nicht durch das Gefühl oder den Wunsch beseitigt werden, die großartigste Amtseinführung aller Zeiten erlebt zu haben. Das hat eher etwas mit Realitätsverweigerung zu tun – aber das ist keine rechtsphilosophische Frage mehr.

Die Diskussion um das postfaktische Zeitalter beschäftigt aber sicherlich auch die Rechtsphilosophie. Wird da über alternative Fakten diskutiert?

Es gibt in der Tat eine Diskussion darüber, unter welchen Voraussetzungen demokratische Meinungsbildung funktionieren kann. Es soll ja jeder die gleiche Freiheit haben, möglichst viele Menschen zu überzeugen. Die einen sagen darum, jeder soll sich an einer Diskussion beteiligen können, so wie er will, und dann wird der Inhalt im demokratischen Prozess gefiltert. Die andere Seite fordert jedenfalls die Bereitschaft, den eigenen Standpunkt zu reflektieren. Dazu gehört dann auch die Unterscheidung zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Trump reflektiert eher nicht so intensiv.

Vor rund 500 Jahren hat Machiavelli die These aufgestellt, dass alle Mittel recht sind, um an die Macht zu kommen, auch Lügen und Betrügen. In einer Demokratie sollen Medien, Opposition und Zivilgesellschaft so etwas entlarven. Das Verblüffende an Trump ist, dass ihm das völlig egal ist. Und seinen Anhängern wohl auch. Wenn man das auf die Spitze treibt, ist eine demokratische Diskussion irgendwann nicht mehr möglich.

Das Gespräch führte Christian Gottschalk.

Trumps Wirtschaftspläne

Regierung Der neue US-Präsident beginnt seine erste Arbeitswoche mit ersten Erlassen und Treffen, die zu mehr Jobs führen sollen.

Mit dem angeordneten Rückzug aus dem Handelsabkommen TPP und einer scharfen Drohung an abwanderungswillige Unternehmen setzt US-Präsident Donald Trump sein Motto „Amerika zuerst“ sofort in die Tat um. „Eine große Sache für den amerikanischen Arbeiter“, kommentierte Trump am Montag im Weißen Haus seine Unterschrift unter ein Dekret, mit dem sich die USA aus dem transpazifischen Handels- und Investitionsschutzabkommen verabschieden.

Das TPP-Abkommen ist von 12 Staaten einschließlich der USA unterzeichnet worden, aber noch nicht in Kraft getreten. Sein Abschluss war ein Herzstück der Agenda von US-Präsident Barack Obama gewesen, der damit die wirtschaftlichen Verbindungen der USA zu Asien stärken wollte.

Eine weitere präsidentiale Anordnung Trumps vom Montag verbietet die Zahlung von Entwicklungshilfe an ausländische Organisationen, die Abtreibungen vornehmen. Die Haltung des Weißen Hauses zu dieser Praxis wechselt seit Jahrzehnten mit der Partei des Präsidenten.

Am Vormittag traf Trump sich mit führenden Geschäftsleuten, um über die Produktion in den USA zu sprechen. Bei dem Treffen im Roosevelt Room des Weißen Hauses sagte Trump, Unternehmen würden „Vorteile“ erhalten, wenn sie ihre Produkte in den Vereinigten Staaten herstellen ließen. Unternehmenssteuern sollen auf 15 bis 20 Prozent gesenkt werden. Wenn ein Unternehmen die USA verlasse und seine Produkte danach in den USA verkaufen wolle, müsse es hohe Strafzölle bezahlen. „Alles, was sie tun müssen, ist zu bleiben“, sagte Trump. Angesichts der reduzierten

Steuern und Regulierungen gebe es für Firmen keinen Grund mehr, außerhalb der USA zu produzieren.

Mit einem Abbau der Regulierungen für die US-Wirtschaft um 75 Prozent solle die Produktion im Inland zusätzlich gefördert werden, sagte Trump. Welche Bereiche betroffen sind und ob es um Gesetze oder Vorschriften geht, sagte er nicht. Zu den Teilnehmern der Zusammenkunft zählten Tesla-Chef Elon Musk, die Präsidentin des Rüstungskonzerns Lockheed Martin, Marillyn Hewson, sowie der Leiter des Sportbekleidungsunternehmens Under Armour, Kevin Plank.

Der Republikaner hat das Thema Arbeitsplätze in den USA zu einem Schwerpunkt seines Wahlkampfes gemacht. Auch der TPP-Rückzug folgt der Linie einer Bevorzugung amerikanischer Interessen. Im Wahlkampf waren die Handelsabkommen ein wichtiges Thema. Viele Bürger machen sie für den Verlust von

Jobs verantwortlich. Am Dienstag trifft sich Trump mit den Chefs der großen amerikanischen Autobauer. Es sei ein Frühstück mit den Geschäftsführern von General Motors, Ford und Fiat Chrysler geplant, erklärte Trumps Sprecher Sean Spicer am Montag. Der Präsident „freue sich darauf, ihre Vorschläge zu hören, wie wir gemeinsam mehr Stellen in dieses Land zurückholen können“. Trump hat die Autobauer scharf dafür kritisiert, Fahrzeuge in Mexiko zu fertigen, um sie dann in den USA zu verkaufen. Die drei Konzerne haben in den vergangenen Tagen Investitionen von mehreren hundert Millionen Dollar in ihrer Heimat angekündigt. Ford gab Pläne zum Bau einer weiteren Fabrik in Mexiko auf.

dpa



Foto: AFP

„Entscheidend ist, dass die Waffenruhe in Syrien auch überwacht werden kann.“

Staffan de Mistura, UN-Gesandter

Während der Rede saßen sich die Vertreter des Regimes und der Rebellen im Festsaal des Rixos President Hotels erstmals an einem großen Rundtisch gegenüber. Anschließend jedoch weigerten sich die Aufständischen, mit den Diplomaten aus Damaskus von Angesicht zu Angesicht zu sprechen. Bei den Friedensgesprächen in Genf dagegen saßen beide Seiten stets in getrennten Räumen und verhandelten über Vermittler miteinander.

Vonseiten der Vereinten Nationen reiste Syrienvermittler Staffan de Mistura nach Astana. Der UN-Diplomat hofft, den seit April 2016 unterbrochenen Genfer Friedensprozess wiederbeleben zu können, und gab sich vorsichtig optimistisch. „Die Gespräche in Astana könnten das Ende der Kämpfe besiegeln – und das ist genau das, worauf die syrische Bevölkerung wartet“, sagte er.

Während der Rede saßen sich die Vertreter des Regimes und der Rebellen im Festsaal des Rixos President Hotels erstmals an einem großen Rundtisch gegenüber. Anschließend jedoch weigerten sich die Aufständischen, mit den Diplomaten aus Damaskus von Angesicht zu Angesicht zu sprechen. Bei den Friedensgesprächen in Genf dagegen saßen beide Seiten stets in getrennten Räumen und verhandelten über Vermittler miteinander.

Bundeswehr

Kriegszuschlag für Mali-Einsatz

Die Bundeswehrosoldaten im Mali-Einsatz sollen künftig einen höheren Auslandszuschlag erhalten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) verhandelt derzeit mit dem Außen-, Innen- und Finanzministerium darüber, die Stabilisierungsmission in die höchste von sechs Gefährdungskategorien einzustufen. Damit würde die steuerfreie Zulage der Soldaten von bisher 94 auf 110 Euro täglich steigen.

Damit will von der Leyen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Militärmission in der Sahel-Zone sich zu „einem der anspruchsvollsten Einsätze der Bundeswehr, wahrscheinlich dem gefährlichsten UN-Einsatz weltweit und dem gefährlichsten Einsatz auf dem afrikanischen Kontinent“ entwickelt hat. So hat sie es im Bundestag dargelegt, als sie für die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsetzes geworben und die Erhöhung der Zulage für die Soldaten erstmals angekündigt hat.

Bei der Stabilisierungsmission Minusma stehen 15.000 internationale Soldaten unter dem Kommando der Vereinten Nationen. Mali wird von islamistischen Gruppierungen wie Al-Kaida terrorisiert. Beim jüngsten Selbstmordanschlag am vergangenen Mittwoch wurden mindestens 60 Menschen getötet.

WERTE UND RECHT

Uni Friederike Wapler ist seit Oktober 2016 Professorin für Rechtsphilosophie und Öffentliches Recht an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Zuvor hat sie unter anderem in Berlin und Frankfurt gelehrt.

Wissenschaft Zu den zahlreichen Veröffentlichungen der Professorin gehört auch „Werte und das Recht. Individualistische und kollektivistische Deutungen des Wertbegriffs im Neukantianismus“. cgo

